

Motion Fraktion SP (Yasemin Cevik/Bettina Stüssi): Fachstelle Schulraumplanung

Der bestehende Schulraum in der Stadt Bern ist bereits heute gut ausgenutzt. Da die Schülerinnenzahlen weiter ansteigen, ist es in manchen Schulkreisen ungewiss, wo unsere Kinder im nächsten Schuljahr zur Schule oder in den Kindergarten gehen. Der Bedarf an Schulraum braucht eine gute Prognostizierung und umsichtige Planung sowie adäquates Handeln. Die verantwortlichen Personen müssen dafür auf die gut ausgebauten und funktionierenden Beziehungsnetzwerke in den Schulkreisen zurückgreifen. Bei der Beschaffung von zusätzlich benötigtem Schulraum auf dem Immobilienmarkt braucht es verhandlungsstarke Persönlichkeiten, die sich durchsetzen, und die Interessen der Schule bestmöglich wahrnehmen können. Die aktuelle Schulraumsituation zeigt, dass Handlungsbedarf bei den zuständigen Stellen besteht. Heute gibt es bei allen Beteiligten Unklarheiten betreffend Arbeitsabläufen, Kompetenzen und Verantwortung.

Wir fordern deshalb eine Fachstelle, in der Immobilienverwaltung, Planung und Bau zusammenkommen und die Übersicht sowie Prognose an einer einzigen Stelle angesiedelt sind. Die Schulraumplanung und Bewirtschaftung wäre damit unter einem Dach und die Übersicht bezüglich des bestehenden und geplanten Schulraums gewährleistet. Die Direktion für Bildung, Soziales und Sport stellt mit einer Fachstelle für Schulraumplanung sicher, dass genügend Schulraum vorhanden ist und optimal genutzt wird sowie die erforderlichen Massnahmen möglichst frühzeitig eingeleitet werden.

Wie in der Stadt Zürich soll die Fachstelle Schulraumplanung beim Schulamt angegliedert sein. Die Fachstelle erstellt die Prognose betreffend der Schülerinnenzahlen und dem benötigten Schulraum für die nächsten fünf bis zehn Jahre. Sie erarbeitet dazu eine Strategie wie der Raum in gefragter Qualität bereitgestellt werden kann. Die Fachstelle soll mit den bestehenden personellen Ressourcen bestellt werden.

Bern, 19. August 2014

Erstunterzeichnende: Yasemin Cevik, Bettina Stüssi

Mitunterzeichnende: Marieke Kruit, Hasim Sönmez, David Stampfli, Patrizia Mordini, Lukas Meier, Stefan Jordi, Annette Lehmann, Halua Pinto de Magalhães, Fuat Köçer, Peter Marbet, Nadja Kehrl-Feldmann, Gisela Vollmer, Ingrid Kissling-Näf, Lena Sorg, Thomas Göttin

Antwort des Gemeinderats

Bei der vorliegenden Motion geht es um eine Frage der Organisation der Stadtverwaltung, sie betrifft inhaltlich somit einen Bereich, der in die Zuständigkeit des Gemeinderats fällt. Der Motion kommt deshalb der Charakter einer Richtlinie zu. Sollte die Motion erheblich erklärt werden, ist sie für den Gemeinderat nicht bindend. Er hat bei Richtlinienmotionen einen relativ grossen Spielraum hinsichtlich des Grads der Zielerreichung, der einzusetzenden Mittel und der weiteren Modalitäten bei der Erfüllung des Auftrags. Zudem bleibt die Entscheidungsverantwortung beim Gemeinderat.

Die Stadt Bern verzeichnet seit 2005 wieder ein Bevölkerungswachstum. Das ist grundsätzlich erfreulich, bedingt aber, dass die Infrastruktur entsprechend ausgebaut wird - insbesondere muss genügend zeitgemässer Schulraum zur Verfügung gestellt werden. Die Schülerinnen- und Schülerzahlen steigen aktuell um 2,5 bis 3 Prozent pro Jahr an. Alleine auf das Schuljahr 2014/15 hin mussten deshalb 15 zusätzliche Klassen eröffnet werden. In der Stadt Bern besteht kein Schul-

raum auf Reserve - deshalb musste der dafür notwendige zusätzliche Schulraum zugemietet resp. durch Modulbauten provisorisch zur Verfügung gestellt werden. Bei der Schulraumplanung für das Schuljahr 2014/15 hat sich gezeigt, dass Optimierungspotenzial bei den Arbeitsabläufen und Handlungsbedarf im Bereich der personellen Ressourcen für die Schulraumplanung besteht - insbesondere auch im Hinblick auf die kommenden Jahre: Heute sind die Zuwachsraten bei den Kindern im Kindergartenalter am grössten, in den kommenden Jahren wird deshalb auch mehr Schulraum in der Unter- und später in der Sekundarstufe I zur Verfügung gestellt werden müssen. Denn die Kindergartenkinder von heute, sind die Schülerinnen und Schüler von morgen.

Der Gemeinderat hat die Mängel in der Schulraumplanung erkannt und deshalb bereits im Sommer 2014 eine externe Analyse in Auftrag gegeben. Gestützt auf den Analysebericht von RPC zur städtischen Schulraumplanung hat der Gemeinderat die federführende Direktion für Bildung, Soziales und Sport mit der Umsetzung von verschiedenen Verbesserungsmassnahmen beauftragt. So hat der Gemeinderat unter anderem dem Schulamt die Federführung in der Schulraumplanung übertragen. Zur besseren Koordination der verschiedenen mit der Schulraumplanung beschäftigten Dienststellen wurde eine verwaltungsinterne, direktionsübergreifende Arbeitsgruppe eingesetzt. Im Schulamt werden die personellen Ressourcen für die Schulraumplanung erhöht und eine neue Stelle geschaffen. Zudem hat der Gemeinderat den Auftrag erteilt, verschiedene Planungsinstrumente für eine vorausschauende Schulraumplanung zu verfeinern, so etwa die Schülerinnen- und Schülerprognosen oder die Klassenprognosen. In Auftrag gegeben wurde auch eine Potenzialanalyse zum Schulraum. Ziel dieses Projekts ist namentlich die Schaffung eines Planungsinstruments, das auch auf die anderen Schulkreise angewendet werden kann. Der Gemeinderat hat die BSS beauftragt, gemeinsam mit den involvierten Dienststellen bis Ende 2015 eine langfristige Schulraumstrategie zu erarbeiten.

In Zeiten steigender Schülerinnen- und Schülerzahlen nimmt der Koordinationsaufwand in der Schulraumplanung in allen Phasen zu. Die Raumbedürfnisermittlung und die Raumanalyse werden komplexer. Der Gemeinderat ist überzeugt, die nötigen Vorkehrungen getroffen zu haben, um die künftigen Herausforderungen in der Schulraumplanung zu meistern. Das Anliegen der Motionärinnen und Motionäre ist durch die Aufstockung der personellen Ressourcen im Schulamt und der Verbesserung der direktionsübergreifenden Koordination aufgegleist.

Folgen für das Personal und die Finanzen

Im Schulamt werden die personellen Ressourcen für die Schulraumplanung erhöht. Die Einreihung erfolgt aufgrund der Stellenbeschreibung. Die Kosten können im Anschluss an den Einreichungsentscheid berechnet werden.

Die finanziellen Mittel für die neue Stelle im Schulamt sind im Budget 2015 nicht enthalten. Soweit die Kosten intern nicht kompensiert werden können, wird die zuständige Direktion für Bildung, Soziales und Sport einen Nachkredit beantragen.

Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, die Motion als Richtlinie erheblich zu erklären.

Bern, 11. Februar 2015

Der Gemeinderat